

Kapitel 2

Völkerrecht und ökonomische Analyse

*Eine rechtlose Macht wird zur nackten Gewalt,
ein machtloses Recht zur bloßen Farce.
(Otto Kimminich und Stefan Hobe, 2000, S. 18)*

Das Ziel des ersten Teils der vorliegenden Arbeit liegt in der Darstellung der Entwicklungslinien der ökonomischen Analyse des Völkerrechts. Bevor mit dieser jedoch begonnen werden kann, sollen in Kapitel 2 zuerst die Grundlagen für das Verständnis der ökonomischen Analyse des Völkerrechts gelegt werden. Im Einzelnen soll dabei nicht nur der betrachtete Untersuchungsgegenstand (das Völkerrecht) eingegrenzt und systematisiert sowie dessen Entwicklung und Dynamik aufgezeigt werden, sondern darüber hinaus soll ebenso die ökonomische Theorie vorgestellt werden. Der Zweck liegt dabei in der Vereinheitlichung des Verständnisses von Völkerrecht und in seiner inhaltlichen Abgrenzung im Sinne der vorliegenden Arbeit. Daneben wird in diesem Kapitel auch die historische sowie theoretische Einbettung der ökonomischen Analyse des Völkerrechts vorgenommen. Dazu werden zum einen die Denkschulen der Internationalen Beziehungen vorgestellt und zum anderen wird ein kurzer Überblick über die Entwicklung der Forschung in den Bereichen mit relevanten Vorarbeiten gegeben. Ausgehend von dem Stand der Vorarbeiten werden die erkenntnisleitenden Fragen aufgezeigt, die den weiteren Verlauf der Literaturübersicht in Kapitel 3 prägen. Ihre Beantwortung wird in Kapitel 4 als Fazit für Teil I der vorliegenden Arbeit vorgenommen.

2.1 Charakterisierung von Völkerrecht

Man kann, in einer ersten Annäherung, Völkerrecht als internationales zwischenstaatliches Recht verstehen. Jedweder Versuch, Völkerrecht zu charakterisieren, muss berücksichtigen, dass sowohl der Corpus dieses Rechts, die Akteure des internationalen Systems sowie die Interpretation des Rechts einem beständigen Wandel unterworfen sind. Dieser Wandel soll aus historischer Perspektive im Folgenden kurz umrissen werden.

2.1.1 Voraussetzungen für die Entstehung von Völkerrecht

Nach Preiser entsteht Völkerrecht, „sobald Staaten mit Staaten oder staatsähnlichen Gebilden, etwa durchgegliederten Gebilden, in nähere Berührung treten“ (s. Preiser, 1986, S. 1017). Darüber hinaus müssen die Akteure souverän sein, d.h. frei von jeder

Herrschaft oder Befehlsgewalt eines Dritten, zwischenstaatliche Kontakte müssen dauerhaft bestehen und vereinbarte Normen dürfen nicht einseitig aufgehoben werden (vgl. Preiser, 1986, S. 1017ff.). Insofern ist Völkerrecht untrennbar verbunden mit der gewählten Staatsdefinition. Um eine solche zugrunde zu legen, wird oftmals auf die umstrittene Drei-Elemente-Lehre¹ (Staatsvolk, Staatsgebiet und Staatsgewalt) zurückgegriffen. Zwar wird dieser Ansatz in der (völker-) rechtswissenschaftlichen Lehre oft als unzureichend angesehen, bietet jedoch den Vorteil, dass er leicht operationalisiert werden kann (vgl. Maier, 2001, S. 29).

Viele Völkerrechtshistoriker sehen die obigen Bedingungen erst mit dem Aufkommen moderner souveräner Staaten europäischen Typs als erfüllt an. Nach Hobe kann daher erst mit dem Westfälischen Frieden von 1648 von einer „*Völkerrechtsgeschichte im engeren Sinne*“ gesprochen werden (s. Hobe, 2008, S. 26, H.i.O.). Auch wenn Staaten bzw. staatsähnliche Gebilde bereits vor dem 17. Jahrhundert Verträge untereinander abgeschlossen haben, kann bei diesen nur schwer von einer Völkerrechtsordnung heutigen Verständnisses gesprochen werden.

Verdeutlicht werden kann diese Position durch das Beispiel des Römischen Reichs, dessen *ius gentium* die Namensvorlage für das heutige „Recht der Völker“ gab. Das *ius gentium* war aber gerade, entgegen seiner Bezeichnung, kein internationales Recht, sondern römisches Recht, das den Rechtsverkehr mit bzw. zwischen Nichtrömern regelte (vgl. Hobe, 2008, S. 8). Zwar schloss auch das Römische Reich mit seinen Nachbarn Verträge ab, es hatte sich aber spätestens nach dem Sieg über die konkurrierende Großmacht Makedonien in der Schlacht von Pydna (168 v. Chr.) eine derartige Vormachtstellung erarbeitet, dass es, nach Preiser, andere Staaten nicht mehr als gleichrangig ansah. Eine eventuell zuvor vorhandene Völkerrechtsordnung war damit spätestens zu diesem Zeitpunkt obsolet (vgl. Preiser, 1956, S. 742). Hobe weist zusätzlich darauf hin, dass für die Verträge zwischen Rom und seinen Nachbarn der Grundsatz *pacta sunt servanda* nicht galt und diese somit lediglich ein Mittel der Politik waren (vgl. Hobe, 2008, S. 29). Diese Überlegungen verallgemeinernd schließt Preiser (1956, S. 737) die Existenz von Völkerrecht aus, wenn, wie im Falle des Römischen Reichs, „an die Stelle einer Vielheit von Staaten ein einziger, umfassender Weltstaat getreten ist“.

Die eurozentrische Sicht auf die Entstehung völkerrechtlicher Ordnungen ist jedoch umstritten. Andere Autoren (bspw. Preiser, 1956, 1986; Onuma, 2000; Altman, 2004, 2005, 2008, 2009, 2010) lokalisieren völkerrechtliche Institutionen bereits weit vor dem 17. Jahrhundert und machen die Thematik damit zum Gegenstand der historischen Forschung. Allerdings sind derartige Betrachtungen für den Umfang des heutigen Völkerrechts irrelevant. Das heute vorherrschende Völkerrecht hat seinen Ursprung im europäischen Völkerrecht des 17. Jahrhunderts. Mit der europäischen Eroberung fast der gesamten Welt wurde es global etabliert. Die europäische Superiorität war dabei zeitweise derart umfassend, dass die bis dato vorherrschenden zwischenstaatlichen (Rechts-) Ordnungen erobelter Regionen verdrängt wurden

¹ Nach Jellinek ist ein Staat „die mit ursprünglicher Herrschermacht ausgerüstete Verbandseinheit sesshafter Menschen“ (s. Jellinek, 1900, S. 159). Ein Staat setzt demnach nicht nur ein Staatsvolk auf einem Staatsgebiet voraus, sondern darüber hinaus müssen die Bevölkerung und das Gebiet durch eine Staatsmacht, im Sinne einer Ordnungsmacht, beherrscht werden.

und ohne nennenswerten Einfluss blieben.² Obwohl im 20. Jahrhundert die europäische Dominanz zurückgedrängt wurde und multikulturelle Einflüsse zunahmen (vgl. Huntington, 1996, S. 50ff.), änderte dies nichts an der Basis des Völkerrechts.³

Der Ursprung des modernen Völkerrechts im europäischen Fürstenrecht des 17. Jahrhunderts ist auch heute noch sichtbar. Viele völkerrechtliche Normen, die damals entstanden, sind nach wie vor gültig. Die völkerrechtliche Ordnung ist aber dennoch *kein* statisches System. Vielmehr zeigt die Entwicklung des modernen Völkerrechts, dass dieses einer stetigen, wenn auch trägen Dynamik ausgesetzt ist. Insbesondere die Entwicklung der Völkerrechtssubjektivität⁴ verdeutlicht dies. Grundlage ist hier ein funktionaler Ansatz, der die Völkerrechtssubjektivität vom Einfluss des Akteurs auf die Funktionsfähigkeit des internationalen Systems abhängig macht. Ausgehend vom rein zwischenstaatlichen Ursprung des Völkerrechts, entwickelte sich hier zuerst die Völkerrechtssubjektivität staatlicher Kooperationen; in der aktuellen Diskussion geht es bereits um die Völkerrechtssubjektivität von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und multinationalen Unternehmen (Martens, 2003; Kissling, 2006). Ein wichtiges Charakteristikum des Völkerrechts ist somit seine Anpassungsfähigkeit an die sich wandelnden Erfordernisse des internationalen Miteinanders (ICJ Report, 1949, S. 174ff.). Dies macht nunmehr eine genaue Eingrenzung des verwendeten Begriffs des Völkerrechts unerlässlich.

2.1.2 Völkerrecht als Teil des internationalen Rechts

Der Begriff des Völkerrechts ist im wortgetreuen Sinn irreführend. Völkerrecht ist ein Recht der Staaten und deren institutionalisierter Kooperationen und nicht der Völker.⁵ So ist nach der herrschenden Lehre ein „Volk“ auch, im Vergleich zu Staaten, kein vollwertiges Völkerrechtssubjekt (vgl. bspw. Ipsen, 2004).⁶ Bspw. in der englischsprachigen Literatur sind daher auch prägnantere Begriffe gebräuch-

² Deutlich wird dies an der chinesischen Vorstellung der internationalen Ordnung vor den Opiumkriegen. Der chinesische Staat betrachtete andere Staaten als untergeordnet. Nach der Niederlage gegen Großbritannien wurde China von den europäischen Mächten zwangsweise geöffnet und die internationalen Beziehungen mussten nach europäischem Muster ausgerichtet werden. Weitere Ausführungen dazu finden sich in Abschnitt 6.2 auf Seite 110.

³ Huntington (1996, S. 53) spricht in diesem Zusammenhang von der Expansion des internationalen Systems über Europa hinaus.

⁴ Nach Hobe (2008, S. 64) wird unter Völkerrechtssubjektivität die Fähigkeit verstanden, „Träger völkerrechtlicher Pflichten und Rechte zu sein“.

⁵ Hobe definiert „Volk“ als „Gruppe von Menschen [...], die sich durch objektive Merkmale kultureller und ethnischer Art, wie Sprache, Religion, Ethnie und ein gemeinsames geschichtliches Erbe, sowie durch subjektive Merkmale, wie ein Zusammengehörigkeitsgefühl, auszeichnet“ (vgl. Hobe, 2008, S. 171).

⁶ Allerdings kann auch in diesem Punkt ein Wandel der herrschenden Lehrmeinung beobachtet werden. So ist eine zukünftige Völkerrechtssubjektivität von Völkern oder Individuen nicht ausgeschlossen und wird auch heute nicht mehr vollständig verneint (vgl. Hobe, 2008, S. 166ff.).

lich.⁷ So hat sich im englischen Sprachraum als Oberbegriff „internationales Recht“ (eng. „International Law“) durchgesetzt, das normalerweise noch in „Internationales Privatrecht“ (eng. „International Private Law“) und „Internationales Öffentliches Recht“ (eng. „Public International Law“) unterteilt wird (so bspw. bei Setear, 1996; Ipsen, 2004; Shaw, 2008). „International Private Law“ umfasst dabei jene *nationalen Normen*, die die konkurrierende Anwendung nationaler und ausländischer Gesetze und die Zuständigkeit nationaler oder ausländischer Gerichte regeln. In direkter Abgrenzung dazu regelt das „Public International Law“ die Verhältnisse zwischen den Staaten (vgl. zu beiden Definitionen Baudenbacher, 2004; Sandler, 2008; Shaw, 2008).⁸

Diese Definitionen zeigen, dass der deutsche Begriff Völkerrecht am ehesten dem englischen Begriff „Public International Law“ entspricht.

Nach Herdegen liegt die Aufgabe des Völkerrechts darin, „verbindliche *Regeln*“ für die „*Ordnung der Staatenwelt* (Völkergemeinschaft)“ bereitzustellen (s. Herdegen, 2007, S. 1, H.i.O.). Völkerrecht ordnet also in erster Linie das Verhältnis *zwischen* den Staaten (vgl. Ipsen, 2004, S. 2f.). Ähnlich definieren Sandler (2008, S. 157f.) bzw. Shaw (2008, S. 1f.) „Public International Law“. Allerdings gibt es auch in der englischen Literatur keine einheitliche Verwendung der Begriffe. Teilweise wird „International Law“ mit „Public International Law“ gleichgesetzt (Shaw, 2008, S. 1f.).⁹ Um Missverständnisse zu vermeiden, wird in der vorliegenden Arbeit der Begriff des internationalen Rechts als Sammelbegriff für die Normen des Internationalen Privatrechts und des Internationalen Öffentlichen Rechts genutzt. Gleichzeitig werden die Begriffe Völkerrecht und Internationales Öffentliches Recht synonym genutzt.

Im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht das traditionelle internationale Recht, das jene Normen umfasst, die das Verhältnis zwischen den Staaten und deren institutionalisierter Kooperationen regeln (vgl. Baker und Gulati, 2009, S. 134). Dabei wird gezielt der Bereich der Normen des Internationalen Wirtschaftsrechts (eng. „International Economic Law“) ausgelassen, zu dem bereits eine umfassende ökonomische Literatur vorliegt. Diese konzentriert sich zumeist auf das Handelsrecht, das Investmentrecht bzw. das Kartellrecht. Auch zum internationalen Umweltrecht existiert eine umfangreiche Literatur, das daher ebenfalls ausgeklammert wird.¹⁰ Somit liegt der Fokus dieser Arbeit auf Theorien, die die Nationalstaaten in den Mittelpunkt der Analyse stellen. Dabei wird besonders auf die sicherheitspolitischen Fragestellungen abgestellt, denen in der ökonomischen Analyse des Völkerrechts bislang erstaunlich wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wurde.

⁷ Zwar existiert in der englischen Sprache der Begriff des „Law of Nations“, was einem „Recht der Völker“ entspricht, dieser ist mittlerweile aber nicht mehr gebräuchlich.

⁸ Der Begriff des Internationalen Privatrechts wird in der deutschsprachigen (vgl. Baudenbacher, 2004, S. 8) und in der englischsprachigen (vgl. Sandler, 2008, S. 157f. bzw. Shaw, 2008, S. 1f.) Literatur identisch genutzt.

⁹ Die Gleichsetzung der Begriffe ist vertretbar: Die Normen des „International Private Law“ stellen keine internationalen Normen dar und sind daher auch kein internationales Recht im eigentlichen Sinne.

¹⁰ Eine Übersicht hierzu bietet bspw. Sykes (2007).

Natürlich kann diese Abgrenzung auch kritisiert werden. Nach Ansicht von Kirchner (2008, S. 421) ist eine enge Konzentration auf Nationalstaaten als Akteure nicht geeignet, die Funktion des Völkerrechts umfassend zu erklären, sondern lediglich dazu, das Umfeld, in dem Völkerrecht entsteht und angewandt wird, zu beleuchten. In der vorliegenden Arbeit wird diese Kritik aufgegriffen und eine Synthese versucht: Um die Entstehung und Funktion völkerrechtlicher Normen theoretisch fundiert erklären zu können, muss eben das zwischenstaatliche Umfeld berücksichtigt werden. Hieraus können dann ggf. Rückschlüsse auf die Motive für die Wahl eines Völkerrechtsregimes gezogen werden.

2.1.3 Rechtsquellen

Die Rechtsquellen des Völkerrechts können, zumindest auf den ersten Blick, einfach identifiziert werden. Nach übereinstimmender Lehrmeinung sind sie in Art. 38 (1) IGH-Statut aufgezählt (vgl. bspw. Shaw, 2008, S. 70; Brownlie, 2008, S. 4 bzw. Hobe, 2008, S. 178):

1. Der Gerichtshof, dessen Aufgabe es ist, die ihm unterbreiteten Streitigkeiten nach dem Völkerrecht zu entscheiden, wendet an:
 - a. internationale Übereinkünfte allgemeiner oder besonderer Natur, in denen von den streitenden Staaten ausdrücklich anerkannte Regeln festgelegt sind;
 - b. das internationale Gewohnheitsrecht als Ausdruck einer allgemeinen, als Recht anerkannten Übung;
 - c. die von den Kulturvölkern anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze;
 - d. vorbehaltlich des Artikels 59 richterliche Entscheidungen und die Lehrmeinung der fähigsten Völkerrechtler der verschiedenen Nationen als Hilfsmittel zur Feststellung von Rechtsnormen.

Drei Rechtsquellen können daher unstrittig identifiziert werden: (1) Völkerrechtliche Verträge aus lit. (a), (2) Völkergewohnheitsrecht aus lit. (b), (3) Allgemeine Rechtsgrundsätze aus lit. (c). Die in lit. (d) aufgeführten „richterliche[n] Entscheidungen und die Lehrmeinung der fähigsten Völkerrechtler“ stellen nach Mehrheitsmeinung (vgl. bspw. Kimminich und Hobe, 2000; Ipsen, 2004) lediglich eine „Rechtserkenntnisquelle“ dar (s. Herdegen, 2007, S. 101).

Die überwiegende Mehrheit der Staaten ist sich darin einig, dass die obige Aufzählung die Quellen des Völkerrechts umfasst. Erstaunlicherweise gehören zu diesen Staaten jedoch auch solche, die das IGH-Statut nicht ratifiziert haben. Für diese Staaten ist aber die Begründung für die Einhaltung völkerrechtlicher Normen problematisch und bisher umstritten. Gewohnheitsrechtlich kann ihr Verhalten nicht erklärt werden. Eine solche Erklärung wäre selbstreferenziell, da auf dieser Grundlage folglich die Einhaltung von Völkergewohnheitsrecht mit Völkergewohnheitsrecht begründet würde (vgl. Kimminich und Hobe, 2000, S. 166).

Gleichzeitig stellt sich die Frage, ob die obige Aufzählung abgeschlossen ist. Von manchen Autoren werden in den aufgezählten Rechtsquellen des Art. 38 (1) IGH-Statut teilweise lediglich „primäre Völkerrechtsquellen“ gesehen (s. Ipsen, 2004, S. 114), die bereits aus dem Konsens der beteiligten Staaten Recht entstehen lassen (vgl. Jaenicke, 1962, S. 767). Völkerrecht könnte aber ebenso aus „sekundäre[n] Völkerrechtsquellen“ (s. Jaenicke, 1962, S. 767),¹¹ „unechten“ Quellen (s. Jaenicke, 1962, S. 767),¹² „originären Verfassungsgrundsätzen“ (s. Kimminich und Hobe, 2000, S. 167f., H.i.O.)¹³ bzw. einseitigen Akten und dem Verzicht auf bestimmte Rechtspositionen (vgl. Herdegen, 2007, S. 102) entstehen. Die Diskussion kann mithin nicht als abgeschlossen gelten und beschäftigt auch US-amerikanische Juristen (vgl. bspw. Norman und Trachtman, 2005; Guzman, 2008). Die Position der Rechtspositivisten in dieser Frage fassen Ratner und Slaughter, mit Verweis auf Kelsen (1956, S. 304ff.), äußerst prägnant zusammen: „For positivists, international law is no more or less than the rules to which states have agreed through treaties, custom, and perhaps other forms of consent“ (s. Ratner und Slaughter, 1999, S. 293).

Völkerrecht kann also aus einer Vielzahl potenzieller Quellen entstehen. Über den Rechtscharakter einer Norm muss daher im Einzelfall entschieden werden. Allerdings stellt sich die Frage, inwieweit die Quelle einer völkerrechtlichen Norm überhaupt relevant ist. Auch im Völkerrecht können Normen (bspw. Soft Law – vgl. Abschnitt 3.4 auf Seite 52) beobachtet werden, die verhaltensbeeinflussend wirken, aber keinen Rechtscharakter bzw. keine *Rechtsqualität* aufweisen. Diese entwickeln eine verhaltensbeeinflussende Wirkung, obwohl sie nicht verbindlich sind. Die ökonomische Analyse des Völkerrechts steht daher vor der besonderen Herausforderung, die Verbindlichkeit einer Norm, als schwer fassbare Größe, zu Analysezwecken fassbar zu machen.

2.1.4 Normativität

Die Analyse der Normativität einer Rechtsordnung¹⁴ konzentriert sich nicht auf die bloße Verbindlichkeit von Normen, sondern zielt auf die Rechtsqualität ab und damit auf die Geltung einer Rechtsordnung. Eine Rechtsordnung muss nicht nur verbindlich gelten,¹⁵ sondern auch befolgt werden. Das Bestehen eines effektiven

¹¹ Dies sind „Rechtsverhältnisse, bei denen die rechtserzeugende Wirkung des Entstehungsvorgangs auf einer primären Rechtsquelle (Vertragsrecht oder Gewohnheitsrecht) beruht“ (s. Jaenicke, 1962, S. 767).

¹² U.a. „die Hilfsmittel zur Erkenntnis und zum Nachweis bestehenden Rechts“ (s. Jaenicke, 1962, S. 767).

¹³ Diese stellen „das Gerüst des gesamten Völkerrechtssystems einer Epoche“ dar (s. Kimminich und Hobe, 2000, S. 167f.).

¹⁴ Eine Rechtsordnung umfasst alle gültigen rechtlichen Normen in einem definierten Anwendungsbereich.

¹⁵ Der Rechtscharakter wird dabei oftmals als binär angesehen, wonach Recht zwingend verbindlich ist (vgl. bspw. Klabbers, 1996; Raustiala, 2005). Abstufungen der Verbindlichkeit wären dann nicht möglich.

Rechtssystems setzt eine weitgehende, nicht jedoch notwendigerweise eine perfekte Einhaltung aller Normen voraus (vgl. Fischer-Lescano und Liste, 2005, S. 212). Unstrittig ist, dass eine *weitverbreitete* Nichteinhaltung die Existenz des Rechtssystems in Frage stellt (vgl. Kingsbury, 1998, S. 346).

Aufgrund der besonderen Struktur des internationalen Systems, in dem eine zwangsweise Durchsetzung des Völkerrechts nur schwer möglich ist, wird von manchen Autoren der Rechtscharakter und die Verbindlichkeit des Völkerrechts in Frage gestellt (vgl. für diese Diskussion bspw. D'Amato, 1985; Hillier, 1998; Dunoff und Trachtman, 1999; Doehring, 2004; Goldsmith und Posner, 2005; Aust, 2005). Gleichzeitig entfalten, wie bereits erwähnt, im internationalen System auch unverbindliche Normen eine verhaltensbeeinflussende Wirkung und induzieren oft normkonformes Verhalten.¹⁶ Für die ökonomische Analyse stellt eben die Verhaltensbeeinflussung den ausschlaggebenden Faktor dar. Aus diesem Grund stellt sich nun die Frage, inwieweit die Verbindlichkeit einer Norm relevant für die ökonomische Analyse ist und wie die Verbindlichkeit einzelner Normen operationalisiert werden kann. Mit anderen Worten: Es geht um die Frage, ob Verbindlichkeit als handlungslenkende Restriktion in die ökonomische Analyse des Völkerrechts integriert werden kann.

Die in der ökonomischen Analyse als rational¹⁷ modellierten Staaten sollten sich lediglich durch die Deklaration einer Norm als „Recht“ nicht in ihrem Verhalten beeinflussen lassen. Anderenfalls würde dies eine Präferenz der Staaten zur Rechteinhaltung voraussetzen.¹⁸ Die ökonomische Erklärung der Rechteinhaltung wäre dann jedoch tautologisch, weswegen eine derartige Annahme in der ökonomischen Analyse des Völkerrechts auch verworfen wird (vgl. bspw. Goldsmith und Posner, 2005; Guzman, 2008).¹⁹ Es müssen daher weitere Faktoren hinzutreten, damit die Norm als Institution²⁰ Teil der „Anreizstruktur von Gesellschaften und deren politischer und ökonomischer Organe“ (s. North, 1994, S. 359, Ü.d.V.) wird. Aber auch

¹⁶ Unverbindliche, aber trotzdem verhaltensbeeinflussende Normen werden auch als „soziale Normen“ bezeichnet. Diese sind dabei weder durch staatliche Stellen (bspw. Gerichte oder Parlamente) erlassen, noch ist deren Nichtbefolgung staatlich sanktioniert (vgl. Posner, 1997, S. 365). Die Sanktionierung entspringt allein dem gesellschaftlichen Zwang (vgl. Ellickson, 1991, S. 127). In Abgrenzung zum verbindlichen „Hard Law“ fallen solche Normen in die Kategorie des „Soft Law“ (vgl. dazu Abschnitt 3.4 auf Seite 52).

¹⁷ „Rational“ im Sinne der Theorie der rationalen Entscheidung bedeutet, dass ein Akteur allein entsprechend seiner Präferenzen und Restriktionen entscheidet. Dabei wählt er aus den zur Auswahl stehenden möglichen Handlungsalternativen jene aus, die ihm den höchsten Nutzen versprechen. Ausführlich dazu Abschnitt 2.2 auf Seite 21.

¹⁸ Bspw. in einzelnen Ansätzen zum Völkerrecht im Forschungsbereich der Internationalen Beziehungen wird diese Annahme getroffen (vgl. bspw. Young, 1979, S. 31ff. bzw. Chayes und Chayes, 1993, S. 178).

¹⁹ Um Missverständnissen vorzubeugen: Diese Position schließt *nicht* die verhaltensbeeinflussende Wirkung von Recht aus. Es wird lediglich ausgeschlossen, dass allein die Bezeichnung einer Norm als „Recht“ bereits die Verhaltensbeeinflussung impliziert. Eine verstärkte Einhaltung einer verbindlichen Norm ist im *Kontext des internationalen Systems* aber durchaus möglich (vgl. dazu bspw. auch die Überlegungen in Abschnitt 3.2 auf Seite 42).

²⁰ Institutionen zeichnen sich gerade durch ihre Fähigkeit aus, „individuelles Verhalten in eine bestimmte Richtung zu steuern“ (s. Richter und Furubotn, 2010, S. 7).

wenn die Verbindlichkeit per se nicht die Verhaltensbeeinflussung einer Norm in der ökonomischen Analyse erklären kann, stellt sie doch einen Bestimmungsfaktor für die Verhaltensbeeinflussung dar.²¹ Somit mag die Frage nach einer mangelhaften Normativität des Völkerrechts aufgrund einer fehlenden de facto Verbindlichkeit zwar eine juristisch interessante Problematik sein, für die ökonomische Analyse des Völkerrechts ist ihre Beantwortung nur von untergeordneter Bedeutung.

Die ökonomische Analyse des Völkerrechts steht allerdings vor dem Problem, wie die Verhaltensbeeinflussung gemessen werden kann. Voraussetzung für eine Messung ist eine operationalisierbare Definition der Effektivität von Völkerrecht, also von dessen Zielen und Funktion. In der Literatur wird, trotz aller damit verbundener Unzulänglichkeiten (vgl. bspw. Kingsbury, 1998), meist auf das Konzept der Rechtseinhaltung (eng. compliance) zurückgegriffen. Bei diesem steht die Korrelation zwischen dem Verhalten eines Staats und den Vorgaben der relevanten Norm(-en) im Mittelpunkt der Betrachtung. Problematisch an diesem Konzept ist jedoch, dass aus der bloßen Konformität zwischen dem normativ gewollten Verhalten und dem beobachteten Verhalten eines Staats keine Rückschlüsse auf die Kausalität gezogen werden können.

Die Richtung der Kausalität ist eine zentrale Frage, die kontrovers diskutiert wird. Goldsmith und Posner (2005) argumentieren bspw., dass das Verhalten der Staaten nicht Ergebnis der Norm, sondern die Norm das Ergebnis des Verhaltens ist. Aus dieser Sicht wird Völkerrecht als handlungslenkende Institution obsolet, da sie nur noch einen Ausdruck des Verhaltens der Staaten darstellt, das sich auch ohne Norm einstellen würde. Die Forderung nach einer Differenzierung zwischen Kausalität und Rechtseinhaltung ist daher naheliegend (Raustiala, 2000; Raustiala und Slaughter, 2002; Guzman, 2008). Bei dieser Unterscheidung können mit Hilfe der ökonomischen Analyse Hinweise auf mögliche Kausalitäten und alternative Verhaltenseinflüsse²² identifiziert werden. Allerdings fällt auf, dass in der bisherigen Literatur zur ökonomischen Analyse des Völkerrechts zumeist noch die Konformität der Staaten mit dem normimplizierten Verhalten im Mittelpunkt des Interesses steht.

²¹ So gibt es Ansätze, die die Verbindlichkeit einer Norm als Signal der Staaten für deren angestrebte Einhaltung modellieren. Die Staaten signalisieren dann mit der Stärke der Verbindlichkeit die Stärke der Selbstbindung (vgl. dazu u.a. Abschnitt 3.7 auf Seite 61.)

²² Raustiala und Victor nennen hier als Beispiel die Einhaltung des „Sulphur Protocol to the Convention on Long-Range Transboundary Air Pollution“ von 1985. So hat Russland seine SO₂-Emissionen um die vereinbarten Ziele reduziert. Jedoch zeigten Analysen, dass dies in erster Linie auf den Zusammenbruch der Schwerindustrie nach der Auflösung der UdSSR zurückzuführen ist (vgl. Raustiala und Victor, 1998, S. 661).

2.2 Theorie der rationalen Entscheidung

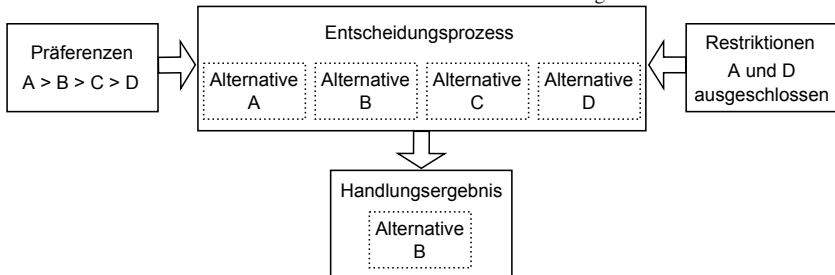
2.2.1 Rationalität in der Ökonomik

Die Annahme rationalen Verhaltens bzw. die Theorie der rationalen Entscheidung stellt die Grundlage der Ökonomik dar (van Aaken, 2001). Menschliches Verhalten wird in diesem Zusammenhang als die „*rationale Auswahl* aus Alternativen“ verstanden, da der Mensch für seine Bedürfnisbefriedigung aufgrund der allgegenwärtigen Knappheit ständig vor Entscheidungsproblematiken steht (s. Kirchgässner, 1991, S. 12, H.i.O.). Im Mittelpunkt der ökonomischen Verhaltenstheorie steht also das *rationale Individuum*. Problematisch ist allerdings die genaue Bestimmung, welches Verhalten als rational im Sinne der Ökonomik klassifiziert werden kann.

Ebenso wie der Begriff des Völkerrechts, stellt auch „Rationalität“ einen Begriff des allgemeinen Sprachgebrauchs dar, dessen Sinngehalt in der Ökonomik abweichend vom Umgangssprachlichen ist. Der Begriff „Rationalität“ stammt vom lateinischen Substantiv *rationalitas* ab, das in der Antike ursprünglich für den „vernünftigen Seelenteil“ verwendet wurde (s. Rolke, 1992, Sp. 52f.). Ausschlaggebend für die ökonomische Bedeutung von „Rationalität“ ist dessen Wortstamm „Ratio“. *Ratio* hatte ursprünglich eine Vielzahl von Bedeutungen (Görlich und Butzer, 1992, Sp. 41), wird mittlerweile aber größtenteils mit „Rechnung, Denken, Vernunft“ gleichgesetzt (s. Kluge, 2011, S. 347), wobei im heutigen Sprachgebrauch die Bedeutung im Sinne von „Vernunft“ vorherrscht. Eine ähnliche Sicht findet sich im „Etymologischen Wörterbuch der deutschen Sprache“ von Kluge (2011, S. 347), bei dem „rational“ mit „vernunftgemäß“ übersetzt wird. Rationales Verhalten ist demnach vernünftiges Verhalten und eine rationale Entscheidung dementsprechend eine vernünftige Entscheidung.

Die ökonomische Verhaltenstheorie übersetzt „vernünftig“ in die Maximierung des eigenen Wohlbefindens ($\hat{=}$ Nutzen); eine Entscheidung ist also dann rational, sprich vernünftig, wenn diese dem Individuum das höchste Nutzenniveau aller möglichen Alternativen verspricht. Interessanterweise steht somit am Beginn der Operationalisierung rationalen Verhaltens in der Ökonomik die normative Festlegung, welches Verhalten als vernünftig zu klassifizieren ist. Abbildung 2.1 auf der nächsten Seite zeigt die schematische Darstellung des Entscheidungsprozesses.

Die ausschließlichen Determinanten einer Entscheidung stellen die (subjektiven und potenziell unbegrenzten) Präferenzen eines Individuums sowie die vorhandenen Restriktionen dar. Nutzen entsteht durch die Befriedigung der Bedürfnisse eines Individuums und ist in diesem Zusammenhang immer Ausdruck der subjektiven Präferenzen und damit selbst subjektiv. Im einfachsten Fall stellen die Präferenzen ein (widerspruchsfreies) Ordnungssystem der verfügbaren Güter bzw. Güterkombinationen dar. Auf dessen Grundlage können Aussagen über den individuellen Nutzenvergleich von Gütern bzw. Güterkombinationen getroffen werden. Selbstverständlich beinhalten die Präferenzen der Individuen nicht nur Güter und Güterkombinationen, sondern sämtliche Beurteilungsmöglichkeiten und Wertvorstellun-

Abb. 2.1 Verhaltenselemente der Theorie der rationalen Entscheidung

Quelle: Eigene Darstellung.

gen, die das Individuum internalisiert hat.²³ Darüber hinaus ist der Akteur in der ökonomischen Analyse kein Egoist, auch wenn dieser scheinbar ausschließlich seinen eigenen Nutzen maximiert. Damit wird jedoch altruistisches Verhalten²⁴ nicht ausgeschlossen. Rationale Akteure können selbst einen Nutzen aus der Bedürfnisbefriedigung einer anderen Person ziehen. Ebenso sind auch Neid und Missgunst möglich.

Beschränkt werden die möglichen Entscheidungen durch die Restriktionen, denen sich das Individuum ausgesetzt sieht. Diese sind nicht nur finanzieller oder zeitlicher Natur, sondern auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, soziale Aspekte, wie Moral und Ansehen, oder aber physische Einschränkungen spielen eine Rolle.

Von entscheidender Bedeutung für die Anwendung der Theorie der rationalen Entscheidung sind vor allem drei Punkte:

- (1) Die Präferenzen, als Ausdruck der persönlichen Wünsche und Vorstellungen der betrachteten Akteure, sind im Zeitablauf stabil und ändern sich lediglich über einen längeren Zeitraum.²⁵
- (2) Entscheidungen müssen häufig unter Unsicherheit getroffen werden, es findet daher eine Maximierung des *erwarteten* Nutzens statt.
- (3) Die ökonomische Theorie nimmt einen strikt individualistischen Standpunkt ein, wonach alle Handlungen auf individuelles Verhalten zurückgeführt werden müssen.

²³ Dies schließt auch Emotionen und Gefühle, wie das eigene Gerechtigkeitsempfinden und die mögliche Lust am Nichtstun, mit ein.

²⁴ An dieser Stelle wird die allgemeine Bedeutung von Altruismus zugrunde gelegt, wonach Altruismus ein Verhalten darstellt, von dem andere Personen profitieren und das der handelnden Person Kosten verursacht (vgl. Kerr et al., 2004, S 135). Es stellt also die Präferenz für die Besserstellung einer anderen Person dar (vgl. Kolm, 2006, S. 8). Rational im Sinne der gegebenen Definition bleibt altruistisches Verhalten, wenn die altruistische Person daraus einen intrinsischen Vorteil zieht oder langfristig von diesem Verhalten profitiert.

²⁵ Eine kurzfristige Änderung wird normalerweise ausgeschlossen. Ansonsten könnten Änderungen im individuellen Verhalten immer auch Ausdruck geänderter Präferenzen sein. Verhaltensänderungen sollten daher auf Änderungen der Restriktionen zurückgeführt werden können.

Völkerrecht als Restriktion für das Handeln von
Regierungen

Diplomatie durch Zwang und internationales
öffentliches Luftrecht

Schwuchow, S.C.

2015, XXIII, 261 S. 36 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-07781-5